

Die AfD:

- **Eine rechtspopulistische Partei im Wandel.**

Ein Zwischenbericht.

Impressum

Herausgeber:
DGB Bundesvorstand
Abteilung Grundsatzangelegenheiten und Gesellschaftspolitik
Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin
www.dgb.de

Verantwortlich:
Reiner Hoffmann, DGB-Vorstandsbereich 01

Autor:
Alexander Häusler

Redaktion:
Thomas Fischer

Druck:
PrintNetwork pn / ASTOV Vertriebsgesellschaft mbH

Stand:
Februar 2016

Bestellung von Broschüren und Materialien des DGB bitte über den DGB-Online-Bestellservice:

Link: www.dgb-bestellservice.de

Schriftliche Bestellungen NUR für Bestellerinnen / Besteller ohne Zugang zum Internet:
PrintNetwork pn GmbH, Stralauer Platz 33–34, 10243 Berlin

Inhalt

Vorwort der Herausgeber	2
Vorbemerkung des Autors	3
1. Profiteur der Flüchtlingskrise – die AfD in aktuellen Wahlprognosen	4
2. Opferstatus und rechte Aufstandsrhetorik	7
3. Politische Entwicklungsphasen und Metamorphosen	12
4. Zweigleisige Inszenierung in West- und Ostdeutschland	16
5. Chronologie rechter Ereignisse	23

Vorwort der Herausgeber

Seit ihrer Gründung im Jahr 2013 steht die AfD im Blickpunkt der Medien und der Öffentlichkeit. Wie für alle rechtspopulistischen und -extremistischen Parteien in Europa gilt auch für die AfD, dass es ihr durch eine polemische Überzeichnung von Krisenszenarien und eine demokratie- und fremdenfeindliche Ausgrenzungsrhetorik gelungen ist, rasche Wahlerfolge zu erzielen. Im Falle der Eurokrise wurden systematisch Ressentiments gegen Griechenland geschürt. In der aktuellen Flüchtlingsdebatte wird das Schreckgespenst einer Überfremdung unseres Landes an die Wand gemalt. Gleichzeitig inszeniert sich die AfD als Außenseiter, der in unserem demokratischen System die einzige „wahrhaftige“ Alternative zu den sogenannten „Altparteien“ bietet und genau deshalb von diesen ebenso wie von den Medien permanent diffamiert werde.

Mit ihren vermeintlich einfachen Antworten und dieser Form der Selbstinszenierung schaffte die AfD schon bei den Bundestagswahlen 2013 mit einem Stimmenanteil von 4,7 Prozent beinahe den Einzug in den Bundestag. Bei den Europawahlen im Mai 2014 und den Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg im gleichen Jahr konnte sie erneut punkten. Die Analyse des Wahlverhaltens von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern in all diesen Fällen hat dabei deutlich gemacht, dass sich deren Wahlverhalten nicht wesentlich von anderen Teilen der deutschen Wählerschaft unterscheidet. Auch aus unseren eigenen Reihen erfährt die AfD Zuspruch. Umso wichtiger ist es, sich mit ihren Positionen wie in dieser Studie auseinanderzusetzen: Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen sollten nicht nur ihre flüchtlingsfeindliche Haltung und ihre rechtspopulistische Pose kennen, sondern auch wissen, wie gewerkschaftsfeindlich sie sich aufstellt.

Wie sich nach den Kommunalwahlen in Hessen und unmittelbar vor den Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt zeigt, dürfte 2016 mit seinen insgesamt fünf Landtagswahlen ein „Super-Wahljahr“ für die AfD werden. Die Wahlprognosen bewegen sich durchgängig im zweistelligen Bereich. Erstmals dürfte ihr der Sprung in westdeutsche Landtage gelingen. Bei den Bundestagswahlen 2017 kommt die AfD in den aktuellen Umfragen auf einen Stimmenanteil von 10 Prozent.

Angesichts dieser Perspektive haben wir uns für die Veröffentlichung der vorliegenden Studie in der Diskurs-Reihe des DGB entschieden. Mit ihr soll nachgezeichnet werden, wie sich die AfD mit ihrem neuen Führungspersonal nach der Abwahl ihres früheren Bundessprechers Bernd Lucke im Juli 2015 konsequent zu einer rechten Bewegungspartei mit völkisch-nationalistischer Stoßrichtung formiert. Die Studie soll dazu beitragen, das wahre Gesicht der heutigen AfD als rechte Anti-Einwanderungs-Partei zu zeigen, und dafür zu sensibilisieren, wie sehr ihre Wahlrhetorik und -programmatische Widersprüche zu gewerkschaftlichen Positionen und Grundwerten steht.

Vorbemerkung des Autors

Die „Alternative für Deutschland“ (AfD) ist eine rechtspopulistische Partei im Wandel. Entstanden als wirtschaftsliberale Anti-Euro-Partei vollzieht sie einen politischen Schwenk hin zu einer rechten Anti-Einwanderungs-Partei. Der zunehmende Rechtsdrall der Partei äußert sich jedoch nicht nur in der Flüchtlingsthematik – auch in ihren außenpolitischen Positionierungen ist dieser Wandel erkennbar. So trat die AfD-Vorsitzende Frauke Petry im Februar 2016 in Düsseldorf gemeinsam mit dem österreichischen Rechtspopulisten Heinz-Christian Strache (FPÖ) auf und verkündete, man wolle politische Gemeinsamkeiten ausloten. Während die AfD bislang noch im Europaparlament Mitglied in der Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer (EKR) ist, steht die FPÖ als Mitglied der Fraktion Europa der Nationen und Freiheit (ENF) rechts von dieser Fraktion. Neben der FPÖ sind dort u.a. die rechtsextreme Front National (FN) sowie die rassistische Lega Nord aus Italien aktiv.

Auch innenpolitisch zeigt sich der Drall nach Rechtsaußen: So verkündete der NRW-Vorsitzende der AfD, Markus Pretzell auf dem Bundesparteitag in Essen Mitte des Jahres 2015, die AfD sei nicht nur eine Anti-Euro-Partei, sondern auch zu einer „Pegida-Partei“ geworden.¹

Der vorliegende Bericht hat zum Ziel, einen komprimierten Einblick in den Rechtsruck der AfD zu geben. Er baut auf eine Vorstudie auf, die ich gemeinsam mit Rainer Roeser unter dem Titel „Mut zur Wahrheit? Entstehungskontext, Entwicklung und gesellschaftspolitische Positionen der ‚Alternative für Deutschland‘“ für den DGB-Bundesvorstand erstellt habe. Der Text hat den Charakter eines Zwischenberichtes: Er ist inhaltlich fokussiert auf die Entwicklung der AfD seit der Abwahl des früheren Bundessprechers Bernd Lucke bis zum Zeitpunkt vor den Landtagswahlen im Frühjahr 2016. Zunächst wird ein kurzer Einblick in die aktuelle Wählerzustimmung zur AfD gegeben. Daran anknüpfend werden die Gründe für diese Wählerzustimmung analysiert und die aktuelle öffentliche Inszenierung der AfD einer kritischen Prüfung unterzogen. In dem darauffolgenden Kapitel werden die unterschiedlichen politischen Entwicklungsphasen der AfD beschrieben. Die unterschiedlichen Formen der politischen Inszenierung der AfD in Ost- und Westdeutschland sind Gegenstand des vorletzten Kapitels. Der Zwischenbericht schließt mit einer zeitlich-chronologisch angeordneten Auflistung von rechten Inszenierungen ab dem Zeitpunkt der Abwahl Luckes.

Ich danke Rainer Roeser für die Unterstützung bei der Erstellung dieses Zwischenberichts.

¹ Thomas Steiner: Die AfD stellt sich neu auf: „Wir sind die Pegida-Partei“, Badische Zeitung v. 6.7.2015

1. Profiteur der Flüchtlingskrise – die AfD in aktuellen Wahlprognosen

Die AfD kann als rechtspopulistischer Profiteur der Flüchtlingsdebatte angesehen werden. Nach der Abwahl ihres früheren Bundesvorstandsmitglieds Bernd Lucke im Sommer 2015 lag die rechtspopulistische Partei in Wählerumfragen noch deutlich unter 5 Prozent und war geprägt von massiven internen Querelen. Nicht ohne Grund bezeichnete der brandenburgische AfD-Vorsitzende Alexander Gauland in zynischer Manier die Flüchtlingskrise als „Geschenk“ für seine Partei.² Denn nur kurze Zeit später, vor den drei Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt hat sich das politische Lagebild grundlegend geändert: In Baden-Württemberg sind die Werte der Partei bei Meinungsumfragen seit Mitte 2015 bis Februar 2016 von rund 4 auf 10 Prozent und mehr angestiegen³, in Rheinland-Pfalz von ebenfalls rund 4 auf etwa 9 Prozent,⁴ in Sachsen-Anhalt schließlich von 5 bis 6 auf nun 13,5 bis 15 Prozent.⁵ Laut Umfrage des Forsa-Instituts vom 24.2.2016 käme die AfD bundesweit auf 10 Prozent.⁶

Zwar liegen keine gleichzeitig erhobenen Wahlprognosen für die einzelnen Bundesländer vor. Trotzdem soll die folgende Tabelle einen vergleichenden Überblick über die vorliegenden Wahlprognosen geben⁷:

Bundesland	Meinungsforschungsinstitut	Prozent
Bayern	GMS v. 18.2.16	9 %
Baden-Württemberg	INSA v. 22.2.16	10 %
Berlin	Infratest dimap v. 25.2.1026	10 %
Brandenburg	Forsa v. 4.1.2016	11 %
Bremen	Keine Daten	
Hamburg	Trend Research v. 21.1.2016	13 %

2 Umfragehoch: AfD-Vize Gauland sieht Flüchtlingskrise als Geschenk, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-alexander-gauland-sieht-fluechtlingskrise-als-geschenk-a-1067356.html>, abgerufen am 12.12.2015

3 wahlrecht.de: Umfragen Baden-Württemberg, <http://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/baden-wuerttemberg.htm>, abgerufen 14.2.2016

4 wahlrecht.de: Umfragen Rheinland-Pfalz, <http://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/rheinland-pfalz.htm>, abgerufen 14.2.2016

5 wahlrecht.de: Umfragen Sachsen-Anhalt, <http://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/sachsen-anhalt.htm>, abgerufen 14.2.2016

6 http://www.wahlrecht.de/umfragen/Sonntagsfrage_Bundestagswahl, abgerufen am 25.2.2016

7 http://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/Sonntagsfrage_Landtagswahlen, abgerufen am 25.2.2016

Bundesland	Meinungsforschungsinstitut	Prozent
Hessen	Infratest dimap v. 20.1.16	12 %
Mecklenburg-Vorpommern	INSA v. 16.2.16	16 %
Niedersachsen	Forsa v. 28.11.15	4 %
NRW	Infratest dimap v. 21.2.2016	10 %
Rheinland-Pfalz	INSA v. 22.2.2016	8,5 %
Saarland	Infratest dimap v. 13.3.2015	4 %
Sachsen	Infratest dimap v. 16.9.2015	13 %
Sachsen-Anhalt	INSA v. 22.2.2016	17 %
Schleswig-Holstein	Infratest dimap v. 31.10.2014	7 %
Thüringen	INSA v. 15.1.2016	13,5 %

In Sachsen-Anhalt könnte die AfD demnach das beste Ergebnis in ihrer erst dreijährigen Parteigeschichte erreichen. In Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz wird es der AfD mit hoher Wahrscheinlichkeit gelingen, erstmals in die Parlamente westdeutscher Flächenländer einzuziehen. In diesen beiden West-Ländern bemüht sich die Partei um ein nach AfD-Maßstäben gemäßigeres Erscheinungsbild, während der Landesverband Sachsen-Anhalt deutlich dem rechten Flügel der Partei zuzurechnen ist.

Durch die Inanspruchnahme des Flüchtlingsthemas konnte sich die AfD ein politisches Alleinstellungsmerkmal als Anti-Einwanderungs-Partei verschaffen. In einem Interview mit dem Bonner General-Anzeiger erklärte der Meinungsforscher Manfred Güllner: „Die Flüchtlingsfrage ist für die AfD wie ein Magnet, ein Wählermagnet. Ihre Wähler kommen aus einem gesellschaftlichen Segment, dem es objektiv wirtschaftlich gut geht, das aber zugleich von starken Abstiegsängsten geprägt ist. Diese Menschen sind verängstigt, sie fühlen sich bedroht, fürchten, ins Proletariat abzugleiten. Nun suchen sie Sündenböcke, und finden sie in den Flüchtlingen.“⁸

Die Zustimmung zur AfD ist ein Resultat der Krise politischer Repräsentation: Durch die Große Koalition verschwinden aus Sicht der Wähler unterschiedliche Politikangebote. Die Folge sind sinkende Wahlbeteiligung und Politikverdrossenheit. Vergleichbar mit den

⁸ Kai Pfundt: Interview mit Forsa-Chef Manfred Güllner – „Die AfD-Wähler suchen Sündenböcke“, in: Bonner General-Anzeiger vom 15.2.2016, <http://www.general-anzeiger-bonn.de/news/politik/deutschland/Die-AfD-Wähler-suchen-Sündenböcke-article3184840.html>, abgerufen 15.2.2016

Erfolge anderer rechtspopulistischer Parteien in Europa ist der AfD-Zuspruch auch ein Produkt gesellschaftlicher Endsolidarisierungsprozesse im Kontext neoliberaler Deregulierung: Rechtspopulistische Parteien treten als politische Krisengewinner auf und inszenieren sich als „Anwälte der kleinen Leute“: Sie spielen mit der Angst der unteren Mittelschichten vor sozialem Abstieg und mit Unsicherheiten in der Bevölkerung gegenüber gesellschaftlichen Veränderungen und Umbrüchen im globalisierten Kapitalismus. Sie geben scheinbar einfache Antworten auf komplexe Problemlagen, indem sie diese in simplifizierende und personalisierende Feindbildkonstruktionen übersetzen. Gegen die ‚volksfeindliche Politikelite‘, so der Tenor, müsse ein ‚Aufstand des Volkes‘ angezettelt werden, als dessen ‚Anwälte‘ sich die Rechtspopulisten inszenieren. Dadurch bedient der Rechtspopulismus das Trugbild einer heilen nationalen Gemeinschaft und verkauft sich zugleich als deren Garanten. Nach Ansicht von Thomas Assheuer haben Finanzkrise und Sparpolitik die rechte Systemkritik beflügelt:

„Europas Rechte empfängt die politisch Heimatlosen mit offenen Armen, all die Abgehängten, Enttäuschten und Verängstigten in den unteren Mittelschichten, die heute noch einen Job haben, aber ihn schon morgen durch die digitale Revolution verlieren könnten. Die Rechte lockt mit einer ‚Volksdemokratie‘, die gerechter sei als die Kampfgesellschaften der EU, sie bietet den Tausch ‚Sicherheit gegen Freiheit‘, weil sie weiß, dass die Freiheit überall im Kurs gesunken ist: Der Neoliberalismus vermehrte die Eigentumsfreiheit der wenigen und die Unsicherheit der vielen, und vom arabischen Freiheitsaufstand ist auch nicht viel übrig geblieben. Etwas Besseres als die Freiheit findet man überall.“⁹ Diese pointierte Schilderung gilt gleichermaßen für den deutschen Rechtspopulismus: In rechtspopulistischer Manier spielt die AfD mit den Ängsten der Bürger vor politischer Unübersichtlichkeit und vor sozialem Abstieg. Um die Wirkmächtigkeit einer solchen Form der Agitation zu verstehen, ist ein kritischer Blick auf die politischen Selbstinszenierungen der Partei nötig.

⁹ Thomas Assheuer: Rechtspopulismus. Die Konterrevolution, in: Die Zeit v. 24.2.2016, <http://www.zeit.de/2016/07/rechtspopulismus-pegida-parteien-europa-erfolg/komplettansicht>, abgerufen am 25.01.16

2. Opferstatus und rechte Aufstandsrhetorik

Im Vorfeld der Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt hat sich die AfD um Mäßigung bemüht, um ihren Wahlkampf nicht durch irritierende Äußerungen von Funktionären zu gefährden. Allerdings haben Spitzenvertreter der Partei immer wieder selbst dafür gesorgt, dass diese Linie nicht gehalten werden konnte. Für Schlagzeilen sorgten insbesondere Parteisprecherin Frauke Petry und ihre Stellvertreterin Beatrix von Storch mit ihren Äußerungen zu einem Schusswaffeneinsatz gegen Flüchtlinge an den deutschen Grenzen.¹⁰

Immer wieder geriert sich die AfD als Opfer anderer Kräfte: der „Antifa“, der Altparteien, der Gewerkschaften oder der Kirche. Diese Klagen beziehen sich auf Proteste gegen AfD-Infostände und -Wahlveranstaltungen sowie die Nichteinladung zu Informationsveranstaltungen.

Beispielhaft steht dafür die Diskussion über die Nichteinladung der AfD zum Katholikentag in Leipzig. Der Thüringer AfD-Abgeordnete Stephan Brandner hatte erklärt, es sei unverständlich, dass das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) „mit Politikern demokratischer Parteien, die Meinungen vertreten, die ihr nicht passen, [...] noch nicht mal reden“ wolle.¹¹ Brandner meinte, dass „die katholische Kirche sich in ihrer Geschichte schon so oft geirrt“ habe. Er verwies auf „die Hexenverfolgung oder ihre krude Theorie, die Erde sei eine Scheibe. Früher oder später wird die katholische Kirche auch im Hinblick auf die AfD ihren Irrtum einsehen und eingestehen“, so Brandner. ZDK-Präsident Thomas Sternberg hatte zur Nichteinladung der AfD gesagt: „Die Partei muss man nicht noch popularisieren und bekanntmachen, indem man sie aufs Podium holt. Es geht hier darum, dass man über wirkliche Lösungsmöglichkeiten spricht und nicht auf die Rattenfängereien und einfachen Parolen hereinfällt.“

Besonders stark für sich nutzen konnte die Partei die Debatte über das Für und Wider einer Teilnahme von AfD-Vertretern an wichtigen Diskussionsrunden im öffentlich-rechtlichen Fernsehen zu den anstehenden Landtagswahlen. So warf der rheinland-pfälzische Spitzenkandidat der Ministerpräsidentin Malu Dreyer und der SPD vor, sie hätten „den SWR genötigt, die AfD aus der sogenannten ‚Elefantenrunde‘ auszuladen!“. Junge: „Damit bedient sich die SPD der Methoden autoritärer Staaten und tritt die Pressefreiheit mit Füßen, um den demokratischen Wettstreit der Ideen zu unterlaufen.“

¹⁰ Matthias Meisner, Michael Schmidt: Schusswaffen-Einsatz gegen Flüchtlinge. AfD: Gegen Angreifer müssen wir uns verteidigen, in: Tagesspiegel v. 31.1.2016, <http://www.tagesspiegel.de/politik/schusswaffen-einsatz-gegen-fluechtlinge-afd-gegen-angreifer-muessen-wir-uns-verteidigen/12899738.html>, abgerufen am 9.2.2016.

¹¹ Gerlinde Sommer: AfD nicht zum Katholikentag eingeladen – Brandner: Ein Schlag ins Gesicht, in: Thüringer Allgemeine vom 9.2.2016, <http://www.thueringer-allgemeine.de/startseite/detail/-/specific/AfD-nicht-zum-Katholikentag-eingeladen-Brandner-Ein-Schlag-ins-Gesicht-1357515797>, abgerufen 9.2.2016

Zugleich verletze der SWR seine gesetzliche Pflicht, die Bürger unparteiisch und objektiv zu informieren.“¹²

Der AfD-Spitzenkandidat in Sachsen-Anhalt, Andre Poggenburg, erklärte anlässlich der Ankündigung des MDR, eine „Elefantenrunde“ mit den Spitzenkandidaten der derzeit im Landtag vertretenen Parteien auszustrahlen, also ohne die AfD: „Es ist ein Armutszeugnis für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, wenn eine Partei, die in Umfragen bei mindestens 15 Prozent liegt und unter Beachtung der Entwicklung sogar 20 Prozent und mehr erreichen kann, zur wichtigsten politischen TV-Diskussion nicht eingeladen wird.“ Der MDR missachte offenbar das Neutralitätsgebot der öffentlich-rechtlichen Medienlandschaft und beuge sich dem „Diktum der Kartellparteien“.¹³

Der baden-württembergische Landesvorsitzende attackierte die Spitzenkandidaten von Grünen und SPD: „Es ist höchst bedauerlich, dass die Herren Kretschmann und Schmid mit ihrem seltsamen Demokratieverständnis den SWR von der angemessenen Erfüllung seines Informationsauftrages abhalten können.“¹⁴ Alice Weidel, Landtagskandidatin in Baden-Württemberg und Mitglied des AfD-Bundesvorstands, rief gar zum Boykott der „öffentlich-rechtlichen Staatssender“ auf.¹⁵ Die Menschen in Deutschland dürften sich „diese Bevormundung“ durch die Sender nicht länger gefallen lassen. „Auf der einen Seite werden sie durch den Rundfunkbeitrag ordentlich zur Kasse gebeten, auf der anderen Seite wird dieses Geld zur politischen Indoktrinierung missbraucht.“

Eine solche populistische Anti-Establishment-Attitüde hat Methode bei der AfD: Man pflegt systematisch den Status des politischen Außenseiters, der angeblich völlig anders ist als die sog. „Altparteien“¹⁶ – und deshalb von der „Pinocchio-Presse“

12 Alternative für Deutschland Rheinland-Pfalz: Uwe Junge: SPD missbraucht Macht und verhöhnt Pressefreiheit, SWR verletzt Programmauftrag!, vom 19.1.2016, <http://www.alternative-rlp.de/uwe-junge-spd-missbraucht-macht-und-verhoeht-pressefreiheit-swr-verletzt-programmauftrag>, abgerufen 16.2.2016

13 Alternative für Deutschland Sachsen-Anhalt: Poggenburg: Systemmedien und Altparteien in einem Boot? Elefantenrunde des MDR ohne AfD, vom 20.1.2016, <https://www.alternativefuer.de/2016/01/20/poggenburg-systemmedien-und-altparteien-in-einem-boot-elefantenrunde-des-mdr-ohne-afd/>, abgerufen 16.2.2016

14 Alternative für Deutschland Baden-Württemberg: „Elefantenrunde“: Weigerung von Grünen und SPD zwingt SWR zu halbgarem Diskussions-Format, vom 19.1.2016, <http://afd-bw.de/2016/01/elefantenrunde-weigerung-von-gruenen-und-spd-zwingt-swr-zu-halbgarem-diskussions-format/>, abgerufen 16.2.2016

15 Alternative für Deutschland: Weidel: Genug abGEZockt – Staatssender boykottieren, AfD wählen!, vom 20.1.2016, <https://www.alternativefuer.de/2016/01/20/weidel-genug-abgezockt-staatssender-boykottieren-afd-waehlen/>, abgerufen 16.2.2016

16 Mit dem Begriff „Alt-Parteien“ versucht die AfD alle anderen Parteien von der Linkspartei bis zur CSU zu etikettieren. Damit einher geht die Behauptung, die AfD sei die einzige Partei, die den „Mut zur Wahrheit“ (so ihr zentraler Slogan) besitze.

diffamiert wird¹⁷ Für sich selbst nimmt die AfD den Begriff der Wahrheit in Anspruch, der in Kontrast gestellt wird zu angeblich politisch wie medial verordneten Lügenkampagnen. Mit solchen plumpen Gegenüberstellungen bedient die AfD in rechtspopulistischer Manier ein quantitativ wachsendes Milieu rechter Wutbürger, das seit der Sarrazin-Debatte öffentlich sichtbar geworden ist. Im Unterschied zur organisierten extremen Rechten verorten sich diese politischen Milieus selbst in der Mitte der Gesellschaft und als bürgerlicher Ordnungsfaktor: Die Anpreisung gesellschaftlicher Tugenden wie Ordnungssinn, Gesetzestreue und nationalem Pflichtbewusstsein paaren sich hier mit Wohlstandschauvinismus und fremdenfeindlichen Ressentiments und kulminieren in einem konformistischen Aufbegehren gegenüber gesellschaftlichen Pluralisierungs- und Emanzipationsprozessen, welche als fundamental bedrohlicher Angriff auf die eigenen, als ‚nationale Identität‘ verklärten autoritären Ordnungsmuster wahrgenommen werden.

Der Erfolg des europäischen Rechtspopulismus zeigt die wachsende Anfälligkeit von Teilen der Bevölkerung für deart reaktionäre Aufrufe zur ‚Revolte‘ gegen die sogenannte politische Klasse. Konrad Adam, der ehemalige Bundessprecher der AfD, spricht in diesem Zusammenhang sogar unverblümt von „Klassenkampf“: Er deutet ihn als Kampf gegen die „politische Klasse“: „Natürlich kann sich das Volk nicht selbst regieren, es braucht dazu Vertreter. Aber müssen die sich auch als Klasse formieren? Sich nicht nur so bezeichnen, sondern sich auch so benehmen? Wozu brauchen wir sie denn? Geht es zur Not denn nicht auch ohne sie?“¹⁸

Eine solche rechte Aufstandsrhetorik verschleiert die real existenten sozialen Gegensätze in der Gesellschaft: „Das Volk“ wird im Rechtspopulismus als sozial und ethnisch homogene Einheit konstruiert und es wird zudem die Fiktion eines einheitlichen ‚Volkswillens‘ propagiert. Gegensätzliche Interessenslagen wie Arbeitnehmer- und Arbeitgeberinteressen oder soziale Gegensätze zwischen arm und reich werden ausgeklammert und negiert. Eine solche ‚Mobilmachung des Volkswillens‘ gegen ‚die Politik‘ prägte schon die Propaganda des historischen Faschismus. Charakteristisch für diese Propaganda war von Beginn an deren mit revolutionärem Gestus vorgetragenes, vermeintlich klassen- und schichtenübergreifendes Erlösungs- und Erhebungsversprechen. Zu dessen zentralen Bestandteilen avancierten in der faschistischen Rhetorik Schlagwörter wie Moral, Sittlichkeit, Tugend und Gewalt. Die darauf aufbauende Erhebungs- beziehungsweise Revolutionsrhetorik war weniger sozialrevolutionär als vielmehr ästhetisch und

17 AfD-Parteitag in Hannover: Petry keilt gegen Kanzlerin und die „Pinocchio-Press“, <http://www.spiegel.de/video/afd-parteitag-petry-keilt-gegen-merkel-und-pinocchio-presse-video-1630676.html>, abgerufen am 16.1.2016

18 Adam, Konrad (2014): Klassenkampf, in: Erträge. Schriftenreihe der Bibliothek des Konservatismus Bd. 1, Berlin, S. 59

nationalistisch aufgeladen. Das faschistische Denken wurzelte laut Zeev Sternhell in der Überzeugung, „die existenziellen Fragen siedelten sich auf kulturellem, gefühlsmäßigem und affektivem Gebiet an“.¹⁹ Die Grundannahme faschistischer Revolution bestand Sternhell zufolge in der Auffassung, „dass man das gesellschaftliche Leben tiefgreifend verändern konnte, ohne in die bestehenden Wirtschaftsstrukturen einzugreifen“ (Ebd.). Daher wurde die soziale Frage als nationale Frage gedeutet. Der nationale Gemeinschaftsgedanke basiert im faschistischen Weltbild auf dem Mythos eines ‚gesunden Volkskörpers‘, der von ‚Volksschädlingen‘ gesäubert werden müsse. Als solche Schädlinge galten für die Nazis auch die Gewerkschaften und die linken und demokratischen Parteien: „Volksgemeinschaft statt Klassenkampf“ lautete ihre Parole gegen die organisierte ArbeiterInnenschaft.

Nun ist die AfD kein Wiedergänger der NSDAP: Weder hat die Partei ihren Entstehungskontext in der extremen Rechten, noch bezieht sie sich programmatisch auf den Faschismus. Und doch zeigen sich in Bezug auf die antipolitische Attitüde und die Anrufung ‚des Volkes‘ gegen die Politik frappierende Ähnlichkeiten. Daraus resultierenden Faschismus- und Rassismusvorwürfen begegnen AfD-Politiker nicht zuletzt dadurch, dass sie diese Vorwürfe auf den politischen Gegner ummünzen. So bezeichnete Konrad Adam auf seiner Facebookseite die SPD und die Grünen als „rot lackierte Nazis“: „Seitdem der Wahlkampf in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz in Schwung gekommen ist, sind die Rassisten obenauf – die neuen, zeitgeistkonformen, die roten und die grünen Rassisten. Was unter dieser modernen Variante einer alten Unart zu verstehen ist, zeigt ein Blick ins Grundgesetz. Danach wären diejenigen als Rassisten zu bezeichnen, die Menschen wegen ihrer Rasse, ihrer Herkunft, ihres Aussehens, ihrer Sprache, ihres Geschlechts oder ihres Glaubens ungleich behandeln wollen. Rassismus ist ein Verstoß gegen das Gleichheitsgebot.“

Nimmt man das ernst, hat sich der sozialdemokratische Innenminister, der die Kieler Polizei anwies, Straftaten von Fremdstämmigen ohne Papiere nicht weiter zu verfolgen, als Rassist zu erkennen gegeben.“²⁰

Die Aufstandsrhetorik der AfD stützt sich nicht auf demokratische und emanzipative Forderungen, sondern hat nationalistischen und besitzstandswahrenden Charakter. Dies belegt ein Aufruf, der in der Zeitschrift *Cicero* als AfD-Manifest erschienen ist.²¹

19 Sternhell, Zeev/Snajder, Mario/Asheri, Maia (1999): Die Entstehung der faschistischen Ideologie. Von Sorel zu Mussolini. Hamburg, S. 310

20 Konrad Adam: Rot (oder grün) lackierte Nazis, Facebook-Eintrag v. 31.1.2016, <https://www.facebook.com/DrKonradAdam/>, abgerufen am 25.2.2016

Sein Autor heißt Marc Jongen, der stellvertretender Vorsitzender und Programmverantwortlicher der AfD in Baden-Württemberg ist.

In diesem Manifest der AfD wird ebenfalls zum Widerstand – und sogar zur „Revolution“ – aufgerufen: „Die bürgerliche Mitte ist heute – paradox genug – die eigentlich revolutionäre Klasse. Der Endzweck dieser Revolution ist freilich nicht die klassenlose Gesellschaft, sondern die Wiederherstellung der sozialen Marktwirtschaft und der Souveränität des Volkes gegenüber dem Lobbyismus.“ Jongen arbeitet nach eigenem Bekunden an einer philosophischen Grundlegung der AfD. Er ist Philosophiedozent an der Hochschule für Gestaltung in Karlsruhe, wo er vormals als Assistent von Peter Sloterdijk tätig gewesen ist. Seiner Meinung nach leidet Deutschland an einer „thymotischen Unterversorgung“, einer Armut an Zorn und Wut. Dies sei gefährlich, weil „es uns wehrlos macht gegenüber robusteren Naturellen“, den Einwanderern beispielsweise. Daher müsse es das Ziel der „Psychopolitik“ der AfD sein, den deutschen Thymos wieder hochzuregulieren.²² In Anbetracht von über eintausend rassistisch motivierten Straftaten gegen Flüchtlingsunterkünfte im Jahr 2015²³ lassen sich solche Äußerungen als unverhohlene geistige Brandstiftung deuten.

22 FAZ online v. 15.1.2016, Der Parteiphilosoph der AfD, http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/marc-jongen-ist-afd-politiker-und-philosoph-14005731-p3.html?printPagedArticle=true#pageIndex_4, abgerufen am 20.1.2016

23 Handelsblatt online vom 12.2.2016: Flüchtlinge in Deutschland: Schon 94 Straftaten gegen Asylunterkünfte in 2016, <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/fluechtlinge-in-deutschland-schon-94-straftaten-gegen-asylunterkuenfte-in-2016/12956280.html>, abgerufen am 20.2.2016

3. Politische Entwicklungsphasen und Metamorphosen

Die AfD von heute hat nicht mehr die gleiche Ausrichtung wie in ihrer Gründungsphase. Sie hat im Laufe ihres dreijährigen Bestehens einige Metamorphosen vollzogen. Wie bei anderen europäischen Rechtsaußenparteien in Europa lassen sich die Erfolge der AfD durch die Besetzung von Konfliktthemen in politischen Krisensituationen erklären: Ausgangspunkt für die Formierung der AfD war die Euro-Krise, die ein politisches Gelegenheitsfenster für die Parteigründung bot. Die im Februar 2013 gegründete AfD hatte ihren Entstehungskontext in dem damaligen Credo von Bundeskanzlerin Merkel, die von der deutschen Bundesregierung vertretene Euro-Rettungspolitik sei alternativlos. Darauf anspielend gab sich die AfD ihren Parteinamen: In ihrer **ersten Entwicklungsphase** verdankt sie ihren Aufstieg in der Wählergunst der Selbstinszenierung als standort-nationalistische und wirtschaftsliberalistische Anti-Euro-Partei. Mit dem Professor für Volkswirtschaft, Bernd Lucke, an ihrer Spitze umgab sich die AfD anfangs öffentlich mit der Aura wirtschaftlichen Sachverständigen: Lucke verschaffte der Partei eine hohe mediale Präsenz und den Anschein fachlicher Seriosität. Zugleich jedoch bekannte sich die AfD als Partei zu den Thesen des Erfolgsbuchautors Thilo Sarrazin. Die Thesen des ehemaligen Bundesbankvorstands und SPD-Mitglieds Thilo Sarrazin zum angeblichen Scheitern der Integrations- und Einwanderungspolitik sowie dessen rassistische Thesen über genetische und kulturelle Eigenschaften von Juden und Muslimen dienten als rechtspopulistisches Einfallstor für neue politische Akteure. Lucke machte aus seiner Sympathie für Sarrazin kein Geheimnis: In einem Interview im rechten Querfrontmagazin Compact antwortete er auf die Frage nach seiner Einschätzung zu Sarrazins Prognose „Deutschland schafft sich ab“:

„Sarrazin gebührt das große Verdienst, mit seinem Buch auf wichtige Missstände in Deutschland hingewiesen zu haben: Unsere Bildungsmisere, Integrationsprobleme von Zuwanderern, unser enormes demographisches Problem. Das alles wird von der Politik gerne totgeschwiegen, weil sie die erforderlichen unbequemen Antworten nicht geben will.“²⁴

Zwar inszenierte sich die AfD von Beginn an als besondere Partei mit völlig neuen Inhalten – real stellt sie hingegen ein Konglomerat aus ehemaligen Parteigängern der CDU, CSU, FDP sowie ehemaligen Mitwirkenden aus Rechtsaußenparteien wie dem Bund freier Bürger (BFB), der Partei Die Freiheit (DF), den Republikanern und der

²⁴ Bernd Lucke: Interview in: Compact 9/2013, unter: <http://juergenelsaesser.wordpress.com/2013/09/05/compact-interview-mit-bernd-lucke/#more-5822>, abgerufen am 12.12.2013.

Schill-Partei dar.²⁵ Politisch prägend sind für die AfD drei unterschiedliche Milieus, die politisch allesamt rechts der Unionsparteien zu verorten sind: ein marktradikal/nationalliberales Milieu, ein nationalkonservatives Milieu und ein rechtsradikales Milieu.

Während in der Anfangsphase der AfD deren neoliberales wirtschaftspolitisches Profil und die Person Lucke noch herausragende Bedeutung für die parteipolitische Außenwirkung der AfD hatten, änderte sich dies in der **zweiten Entwicklungsphase** der Partei. Diese Phase wurde mit den Landtagswahlen 2014 in den ostdeutschen Bundesländern Sachsen, Thüringen und Brandenburg eingeleitet. Erstmals wurden im sächsischen AfD-Landesprogramm Forderungen nach Volksabstimmungen gegen den Bau von Minaretten aufgenommen – Forderungen, die bislang ausschließlich von rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien erhoben worden waren. Im Wahlkampf versuchte die AfD erstmalig mit ‚ostdeutschen Themen‘ zu punkten – so etwa in Brandenburg, wo die AfD in populistischer Manier der ehemaligen DDR-Grenzpolizei Respekt für deren Grenzschutz zollte.²⁶ Im Zusammenhang mit den Erfolgen bei den Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg erfuhr der nationalkonservativ-neurechte Flügel der AfD einen deutlichen Machtzugewinn. Gleichzeitig stieg die innerparteiliche Unzufriedenheit mit dem Alleinvertretungsanspruch von Bundessprecher Bernd Lucke.

Die Auseinandersetzungen innerhalb der Partei zum Umgang mit früheren Mitgliedern aus rechten Splitterparteien, mit dem Thema Islam und mit den Pegida-Aufmärschen sowie die daraufhin gegründeten innerparteilichen Flügel können als **dritte Entwicklungsphase** der AfD bezeichnet werden. Lucke und das frühere AfD-Bundesvorstandsmitglied Hans Olaf Henkel, ehemaliger Vorsitzender des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, die sich für einen neoliberalen und pro-atlantischen Kurs der Partei und gegen eine Hinwendung zum Rechtsextremismus und gegen Fokussierung auf das Thema Islam aussprachen, stießen mit ihren Vorstellungen auf zunehmenden innerparteilichen Widerspruch. So initiierten Thüringens AfD-Vorsitzender Björn Höcke und der AfD-Landesvorsitzende von Sachsen-Anhalt, André Poggenburg, die *Erfurter Resolution*, „um offen für innerparteiliche Unterstützung gegen den Kurs von Lucke und die Pegida-Distanzierung von Henkel zu werben. In der Resolution wird bemängelt, dass die AfD „Mitglieder verprellt und verstoßen (würde), deren Profil unverzichtbar ist“, und dass die Partei „sich

25 Genauer haben wir diese Einflüsse in unserer ersten Studie für den DGB-Bundesvorstand beschrieben. Vgl. auch: Alexander Häusler, Rainer Roeser (2016): Zwischen Euro-Kritik und rechtem Populismus: Merkmale und Dynamik des Rechtsrucks in der AfD, in: Ralf Melzer, Dietmar Molthagen (Hg.) Andreas Zick, Beate Küpper: Wut, Verachtung, Abwertung. Rechtspopulismus in Deutschland, Berlin, S. 124-145

26 SZ online v. 12.9.2014, AfD-Spitzenkandidat Gauland: Anbiedern an rechts und links, <http://www.sueddeutsche.de/politik/afd-spitzenkandidat-gauland-anbiedern-an-rechts-und-links-1.2125561>, abgerufen am 20.2.2016

von bürgerlichen Protestbewegungen ferngehalten und in vorauseilendem Gehorsam sogar distanziert (habe), obwohl sich tausende AfD-Mitglieder als Mitdemonstranten oder Sympathisanten an diesen Aufbrüchen beteiligen“.²⁷ Gefordert wird in dem Appell, dass die AfD sich „als Bewegung unseres Volkes gegen die Gesellschaftsexperimente der letzten Jahrzehnte (Gender Mainstreaming, Multikulturalismus, Erziehungsbeliebigkeit usf.)“ sowie „als Widerstandsbewegung gegen die weitere Aushöhlung der Souveränität und der Identität Deutschlands“ verstehen solle.²⁸ Darauf initiierten die Lucke-Unterstützer in der Partei die sogenannte *Deutschland-Resolution*. Darin wird den Initiatoren und Unterstützern der Erfurter Resolution vorgeworfen, „eine AfD der flachen Parolen und der schrillen Töne“ zu wollen. Zudem wird vor einem Rechtskurs der Partei gewarnt: „Wer einseitig den rechten Flügel stärken will, schadet der Einheit der Partei. Wir wollen keine Ideologie. Wir wollen die Partei des gesunden Menschenverstandes bleiben.“²⁹

Der Bundesparteitag im Sommer 2015 in Essen und dessen Ausgang markieren den Beginn der **vierten Entwicklungsphase** der AfD, die durch einschneidende personelle und politische Veränderungen innerhalb der Partei gekennzeichnet ist. Im Kampf um die Führungsrolle auf dem Essener Parteitag der AfD im Juli 2015 unterlag Bernd Lucke seiner Konkurrentin Frauke Petry deutlich mit 38 Prozent gegenüber 60 Prozent bei der dort vollzogenen Kampfabstimmung. Petry erlangte ihren Sieg über Lucke durch Unterstützung des rechten Parteiflügels. Thüringens AfD-Landesvorsitzender Björn Höcke, der in Essen auf eine Kandidatur für den Vorstand verzichtete, gehört dazu, aber auch das neue Bundesvorstandsmitglied André Poggenburg sowie gewichtige Teile der Jungen Alternative, der Jugendorganisation der Partei. Poggenburg selbst, der Mitinitiator der Erfurter Resolution war, wurde als Beisitzer in den Bundesvorstand gewählt. Daher kann die vierte Entwicklungsphase als bislang bedeutungsvollste Veränderungsphase in der Geschichte der AfD gelten. Das entscheidende Merkmal dieser Phase ist die Abspaltung des (wirtschafts-)liberalen Flügels von der AfD und die Gründung der Organisation „Allianz für Fortschritt und Aufbruch“ (ALFA) unter Führung von Bernd Lucke. ALFA wurde im Juli 2015 in Kassel gegründet und basiert programmatisch „weitestgehend“³⁰ auf den politischen Grundsätzen der AfD. Außer im Freistaat Thüringen unterhält ALFA in allen Bundesländern einen Landesverband. Zudem sitzen

27 Erfurter Resolution im März 2015, <http://derfluegel.de/erfurterresolution.pdf>, abgerufen am 29.04.2015

28 Ebenda

29 Deutschland-Resolution. So geht's nicht weiter! <http://deutschland-resolution.de/deutschland-resolution/>, abgerufen am 29.04.2015

30 Dieter Plehwe: Alternative für Deutschland?. Europäische und transatlantische Dimensionen des neuen Rechtsliberalismus. In: Alexander Häusler (Hrsg.): Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung. Springer Fachmedien, Wiesbaden 2016, S. 65

aktuell mit Bernd Lucke, Hans Olaf Henkel, Bernd Kölmel, Joachim Starbatty und Ulrike Trebesius fünf ALFA-Vertreter im Europaparlament.

Trotzdem ist die die Partei hinsichtlich möglicher Wahlerfolge faktisch bedeutungslos: ALFA wird bei aktuellen Wahlumfragen lediglich unter der Rubrik „sonstige Parteien“ aufgelistet.³¹

Der Weggang des (wirtschafts-)liberalen Flügels infolge des verstärkten Rechtsrucks der AfD leitete deren **fünfte Entwicklungsphase** hin zu einer rechtspopulistischen Anti-Einwanderungs-Partei ein. So erklärte Bernd Lucke auf dem Gründungsparteitag von ALFA Baden-Württemberg, dass die AfD eine Partei geworden sei, „in der Demagogie, Islamfeindlichkeit, Verschwörungstheorien und Antiamerikanismus zum guten Ton gehören“ und die sich „anschickt, den Republikanern, der Freiheit und den Pro-Parteien die Wähler abspenstig zu machen.“³² Während die AfD noch im Sommer 2015 bei Wahlumfragen unter fünf Prozent lag, gelang ihr in der Folgezeit durch ihre inhaltliche Fokussierung auf das Flüchtlingsthema ein rapider Anstieg in der Wählerzustimmung. Seit dem Sommer 2015 prägt das Thema Einwanderung im Kontext steigender Flüchtlingszahlen zentral den öffentlichen Diskurs und hat zu einer zunehmenden Polarisierung der politischen Debatte geführt. Eine nochmalige Zuspitzung und starke emotionale Aufladung hat diese polarisierte Debatte dann zum Jahresbeginn 2016 mit den Kölner Silvesterereignissen erfahren.

Im Kontext der Pegida-Aufmärsche und deren Ablegern vollzieht die AfD mit Kampagnen und Demonstrationen gegen die Asylpolitik von Bundeskanzlerin Merkel die Metamorphose hin zu einer neuen rechten Bewegung. Besonders in den AfD-Landesverbänden Thüringen und Sachsen-Anhalt lassen sich deutliche Anzeichen dafür erkennen, dass sich die Partei in Richtung einer rechten Bewegungspartei mit völkisch-nationalistischer Stoßrichtung formiert.³³

31 Werner Mussler: Der einsame Kampf der Alfa-Männer, in: Frankfurter Rundschau v. 27.2.2016

32 Bernd Lucke: Rede auf dem Gründungsparteitag von ALFA-Baden-Württemberg v. 24.08.2015, <http://bernd-lucke.de/rede-gruendungsparteitag-alfa-baden-wuerttemberg/> abgerufen am 25.08.2015.

33 Näher s. folgendes Kapitel

4. Zweigleisige Inszenierung in West- und Ostdeutschland

Während die AfD in den ostdeutschen Bundesländern in vielen Gegenden offen als Teil einer rechten Anti-Einwanderungs-Bewegung in Erscheinung tritt, bemüht sich die Partei in Westdeutschland zugleich um moderates Auftreten. Diese Doppelstrategie soll im Folgenden anhand der AfD-Wahlkampfinszenierung zu den Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland Pfalz und Sachsen-Anhalt verdeutlicht werden.

Insbesondere Jörg Meuthen, neben seiner Funktion als stellvertretender AfD-Bundessprecher einer der drei Landessprecher in **Baden-Württemberg**, bemüht sich, die AfD als „konservativ-liberale bürgerliche Partei“ darzustellen.³⁴ Ihrem Programm sei „jede Radikalität fremd“. Die Vorwürfe von Rechtspopulismus, Rassismus und Rechtsradikalismus seien „haltloser Quatsch“, der nur eins belege: die Verzweiflung des politischen Gegners angesichts der anhaltenden AfD-Erfolge, erklärte Meuthen beim politischen Aschermittwoch seiner Partei.³⁵

Mit einer Regierungsbeteiligung nach der Wahl im März rechnet er nicht: „Wir werden in der Opposition bleiben, da eines sicher sein dürfte, dass nämlich keine der anderen im Landtag vertretenen Parteien derzeit mit uns an einer Koalition interessiert ist und wir trotz aller Zuwächse wohl auch nicht eine absolute Mehrheit erreichen werden.“³⁶ Zur Unwirksamkeit verdammt wäre die AfD damit aber nicht, folgt man Meuthen: „Wir machen jetzt bereits Oppositionsarbeit außerparlamentarisch, und die wirkt, das können Sie sehen. Sie können ja sehen, wie sehr die etablierten Parteien sich unseren Positionen etwa in der Migrationsfrage anschließen. Das, wofür man uns vor drei Monaten oder zwei Monaten noch geziehen hat, wir seien äußerst rechtsaußen, das ist jetzt ungefähr das, was jetzt Herr Gabriel, Herr Kauder und viele andere vertreten (...). Insofern kann man selbst außerparlamentarisch gute Opposition machen. Innerparlamentarisch kann man es noch besser und das werden wir tun.“

Meuthens Bemühen um Seriosität und Solidität führte sogar dazu, dass er sich in einem Interview ein wenig von seinem Landtagswahlprogramm absetzte, zumindest was die Wortwahl betrifft. Auf dem Landesparteitag im Oktober 2015, auf dem das Programm beschlossen werden sollte, hatte Meuthen noch von der „exzellenten Qualität unseres Programms“ gesprochen: „Ich finde, wir haben ein phantastisches

34 AfD Baden-Württemberg: AfD Prof. Dr. Jörg Meuthen Videobotschaft 2/2016, vom 9.2.2016, <https://www.youtube.com/watch?v=IFi8VyZLYL4>, abgerufen am 16.2.2016

35 Alfred Wiedemann: AfD wirft bei ihrem Politischen Aschermittwoch den anderen Parteien Diffamierung vor – Gegen die Etablierten, in Schwäbisches Tagblatt vom 11.2.2016, <http://www.tagblatt.de/Nachrichten/Gegen-die-Etablierten-276335.html>, abgerufen am 11.2.2016

36 Deutschlandfunk: TV-Debatten ohne AfD – „Ein sonderbares Demokratieverständnis“, Jörg Meuthen im Gespräch mit Thielko Grieb, vom 20.1.2016, http://www.deutschlandfunk.de/tv-debatten-ohne-afd-ein-sonderbares-demokratieverstaendnis.694.de.html?dram:article_id=342998, abgerufen am 15.2.2016

Landtagswahlprogramm. Ich bin da richtig stolz darauf, was da erarbeitet wurde. Es ist wirklich toll.“³⁷

Drei Monate später klang das etwas anders. Journalisten der Stuttgarter Zeitung hielten dem Hochschullehrer Passagen aus dem Text vor³⁸: „Politiker aller im Bundestag vertretenen Parteien, allen voran die Bundeskanzlerin, ziehen alle Register der Massenpsychologie und Massensuggestion, um die Bevölkerung zu täuschen. Sie werden darin von einer weitgehend gleichgeschalteten Medienlandschaft unterstützt (...) Merkel lockt hunderte Millionen Armutsfüchtlinge nach Deutschland. Wird dieser Zustrom nicht gestoppt, ist das Ende der deutschen und europäischen Kultur besiegelt.“ Sie schlossen daran die Frage an: „Sind solche Sätze liberal, konservativ, oder handelt es sich hier nicht um Verschwörungstheorien, die darauf abzielen, die Menschen zu hysterisieren?“ Meuthen antwortete zunächst etwas unpräzise: „Das eine oder andere Adjektiv hat für mich einen reißerischen Duktus, der nicht unbedingt meiner ist.“ An anderer Stelle sagte er: „Wenn ich den Text allein geschrieben hätte, dann wäre die Diktion an dem einen oder anderen Punkt womöglich etwas moderater.“ Der Begriff der „gleichgeschalteten Presse“ etwa käme ihm „nie über die Lippen“. Dass „Politiker aller im Bundestag vertretenen Parteien, allen voran die Bundeskanzlerin“ nichts anderes als „Hasardeure“ seien, wie es im Programm heißt: Auch diese Aussage mochte Meuthen nicht teilen.

Warum er häufig als „Gemäßigter“ anerkannt wird, erklärte Die Zeit so: „Meuthens großer Vorteil ist: Die wirklich unerhörten Dinge sagt er nicht selbst. Muss er auch nicht. Es gibt ja, nicht nur in Person des Thüringers Björn Höcke, genug Leute in der AfD, die immer weiter in völkische Gefilde vordringen. Die vom ‚deutschen Widerstand‘ raunen und der ‚tausendjährigen Zukunft‘ Deutschlands. Oder Dinge über Waffengewalt gegen Flüchtlinge sagen, die mindestens missverständlich sind. All das ermöglicht es Meuthen erst, sich als letzten gemäßigten Professor an der Parteispitze zu inszenieren.“³⁹

Konterkariert wird Meuthens Versuch, seine Partei als bürgerlich und nicht radikal zu präsentieren, zuweilen auch durch deren eigene Kandidaten. Zum Beispiel durch den Stuttgarter Gemeinderat Heinrich Fiechtner, der im aussichtsreichen Wahlkreis Göppingen antritt. Zur Flüchtlingspolitik erklärte er, die Syrer würden nur „kleine Kinder

37 AfD Baden-Württemberg: AfD Prof. Dr. Jörg Meuthen am 24.10.2015, vom 31.10.2015, <https://www.youtube.com/watch?v=kkKJyxdDZ0>, abgerufen 2.2.2016

38 Joachim Dorfs und Reiner Ruf: AfD-Spitzenkandidat Jörg Meuthen – „Ich bin kein Brandstifter“, in: Stuttgarter Zeitung vom 28.1.2016, <http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.afd-spitzenkandidat-joerg-meuthen-ich-bin-kein-brandstifter.f323ee11-93b9-4aa5-ab5f-fc207df60624.html>, abgerufen 1.2.2016

39 Lenz Jacobsen: AfD-Wahlkampf – Professor Meuthen wählt die Macht, in Zeit Online vom 11.2.2016, <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2016-02/afd-politischer-aschermittwoch-blaubeuren>, abgerufen 11.2.2016

mit großen Augen vorschicken“.⁴⁰ Zu Kanzlerin Merkel fiel ihm ein: „Sie ist eine Verbrecherin am deutschen Volk und den europäischen Völkern.“

Zu Gast im baden-württembergischen Landtagswahlkampf war auch der für seine radikalen Töne bekannte Thüringer Landes- und Fraktionsvorsitzende Höcke. In Geislingen referierte er am 11. Februar über das Thema Bildungspolitik. Einem Bericht der Stuttgarter Zeitung zufolge forderte in diesem Zusammenhang eine Rückbesinnung zu den „preußischen Tugenden“, denn vor allem der junge Mensch brauche Orientierung.⁴¹ Für den aus seiner Sicht beklagenswerten Zustand der Schulen machte er das „das verbrauchte Altparteienkartell“ verantwortlich und forderte zum Kampf gegen eine „praktizierte Zeitgeist-Diktatur“ auf. Höcke: „Unsere Gesellschaft ist sterbenskrank.“ Hauptursache sei eine Kulturrevolution der 68er. In der Bildungspolitik seien nur Ideologen am Werk. Dabei glaube er nicht mehr an einen Zufall: „Die Verblödung unserer Kinder geschieht mit Vorsatz.“ Dadurch würden sie vom Staat manipulierbar.

Auch die AfD in **Rheinland-Pfalz** profitierte nach Einschätzung der Nachrichtenagentur dpa vom gesellschaftspolitischen Klimawandel in Sachen Asyl. Sie diene als Auffangbecken für all die Ressentiments gegen Flüchtlinge, wie sie seit Jahresbeginn weiter zugenommen hätten.⁴² Der Landesvorsitzende Uwe Junge spreche von der „massenhaften unregelmäßigen Zuwanderung von jungen Männern aus allen Konfliktregionen dieser Welt“ und von „massenhaft einreisenden Analphabeten“. Der Bundesregierung und den „Altparteien“ werfe der 58-jährige Bundeswehroffizier „pflichtvergessenes und gegen unser eigenes Volk gerichtetes Treiben“ vor, dem seine Partei „entschiedenen Widerstand entgegensetzen“ werde.

Junge versucht im Wahlkampf, seine Partei als ausdrücklich „bürgerlich-konservative Alternative für Deutschland“ darzustellen.⁴³ „Keine andere Partei in Deutschland bekennt sich so klar und eindeutig zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung und zur

40 Eberhard Wein: AfD-Kandidat für Landtagswahl in Göppingen – „Angela Merkel ist eine Verbrecherin am deutschen Volk“, in: Stuttgarter Zeitung vom 10.2.2016, <http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.afd-kandidat-fuer-landtagswahl-in-goeppingen-angela-merkel-ist-eine-verbrecherin-am-deutschen-volk.a04b8fce-a8b2-445e-a8b2-dd8d8c0bab97.html>, abgerufen 11.2.2016

41 Dieter Fuchs: Umstrittener AfD-Politiker in Geislingen – Björn Höcke lässt sich bejubeln, in: Stuttgarter Zeitung vom 12.2.2016, <http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.umstrittener-afd-politiker-in-geislingen-bjoern-hoecke-laesst-sich-bejubeln.3363698b-8083-498d-acc1-062f3e1546e2.html>, abgerufen 12.2.2016

42 Peter Zschunke: Drei Kinder pro Frau und Ende des „Genderwahns“, in: Die Welt vom 26.1.2016, <http://www.welt.de/politik/deutschland/article151464206/Drei-Kinder-pro-Frau-und-Ende-des-Genderwahns.html>, abgerufen 26.1.2016

43 AfD Rheinland-Pfalz: Junge (AfD) zu SWR-Politrend: Wähler belohnen Mut zur Wahrheit der AfD!, vom 11.2.2016, <http://www.alternative-rlp.de/junge-afd-zu-swr-politrend-waehler-belohnen-mut-zur-wahrheit-der-afd-pressemeldung>, abgerufen 11.2.2016

Volksdemokratie wie diese AfD“, sagte er beim Wahlkampfauftakt seiner Partei Anfang Januar in Mainz.⁴⁴ Bei der Veranstaltung stellte er unter Beweis, dass er – wenn auch seltener als andere Funktionäre – auch eine schärfere Tonlage beherrscht. Er kritisierte eine „verantwortungslose Erklärung Merkels, die Aufnahmebereitschaft Deutschlands für Flüchtlinge kenne keine Obergrenze“ und schloss daran die Aussage an: „Sie tut das zum Schaden des eigenen Volkes, dem sie geschworen hat, jeden Schaden von ihm abzuwenden. Das ist nichts anderes als Verrat.“ Junge kennt sich offensichtlich aus mit rechtspopulistischer Demagogie: Er war zu früherer Zeiten Mitglied in der rechtspopulistischen und muslimfeindlichen Kleinpartei „Die Freiheit“.⁴⁵

Gewunden setzte er sich von den Äußerungen Petrys und von Storchs ab, mit denen diese den Gebrauch von Schusswaffen an der Grenze zur Abwehr von Flüchtlingen gefordert hatten. In einer Pressemitteilung des Landesverbandes wurde er am 5. Februar mit den Worten zitiert: „Für die AfD Rheinland-Pfalz stelle ich nachdrücklich fest: An deutschen Grenzen wird nicht auf Flüchtlinge geschossen, so lange keine bewaffneten Angriffe auf diese Grenzen oder unsere Grenzschrützer erfolgen. Unerwünschte Personen von der illegalen Einreise abzuhalten, ist mit einer Vielzahl anderer Mittel möglich.“⁴⁶ Zugleich machte er neben den beiden Parteifunktionärinnen aber auch die Medien für die Diskussion verantwortlich: „Ich bedauere insofern auch in den Medien wiedergegebene Äußerungen von AfD-Bundespolitikern, die – wenn auch in verkürzter Form und aus dem Zusammenhang gerissen – den Eindruck erwecken, die Grenzsicherung mit scharfen Waffen sei vertretbar.“ Er wende sich gegen Darstellungen, die AfD wolle einen „Schießbefehl“ an der Grenze. Sie seien Teil einer „gegen uns gerichteten Kampagne der Alt-Parteien“.

Im Wahlkampf attackierte die AfD nicht nur die „Alt-Parteien“, sondern auch den DGB. Anlass war die von der AfD beklagte Nichteinladung zu zwei Podiumsdiskussionen mit Landtagskandidaten in Neuwied und Idar-Oberstein. Jan Bollinger, Mitglied im AfD-Landesvorstand und Direktkandidat in Neuwied, erklärte, er empfinde dies als „unfair

44 AfD RLP: Uwe Junge – Wahlkampfauftakt AfD Rheinland Pfalz , vom 7.1.2016, <https://www.youtube.com/watch?v=hvVc50TUm5M>, abgerufen 11.2.2016

45 Thomas Leif: AfD-Parteichef war in islamfeindlicher Partei, SWR Landesschau aktuell v. 19.11.2016, <http://www.swr.de/landesschau-aktuell/rp/designierter-spitzenkandidat-in-rp-afd-partiechef-war-in-islamfeindlicher-partei/-/id=1682/did=16083990/nid=1682/19hfqvw/>, abgerufen am 15.1.2016

46 AfD Rheinland-Pfalz: Junge (AfD): An deutschen Grenzen wird nicht geschossen!, vom 5.2.2016, <http://www.alternative-rlp.de/junge-afd-an-deutschen-grenzen-wird-nicht-geschossen-pressemeldung>, abgerufen 11.2.2016

und undemokratisch“.⁴⁷ Dem Deutschen Gewerkschaftsbund warf er eine „Ausgrenzung unerwünschter Stimmen“ vor. Unter Verkennung des Umstandes, dass Gewerkschaften zwar parteipolitisch unabhängig, gesellschaftspolitisch aber keineswegs neutral agieren, erklärte Bollinger: „Die Bürger haben einen Anspruch darauf, sich über eine Partei informieren zu können, die ihre Interessen mit Sicherheit in den nächsten fünf Jahren und darüber hinaus parlamentarisch vertreten wird!“

In seinem Wahlkampf in **Sachsen-Anhalt** präsentiert Poggenburg seine Partei als eine „Mitte-Rechts-Partei“, die im Landtag konstruktiv für ihre Ziele kämpfen werde und mit einem völkischen Nationalismus nichts zu tun habe.⁴⁸ So jedenfalls stellte er die AfD auf einem Landesparteitag Ende Januar 2016 dar. Zugleich forderte er, Deutschland müsse seine „Selbstgeißelung“ beenden.

Auch in einem Interview mit dem rechtspopulistischen Magazin Compact beschrieb Poggenburg die AfD als „bürgerliche Partei“.⁴⁹ „Die AfD wird sich parlamentarisch ihrer gesellschaftlichen Verantwortung und dem Wählerauftrag nicht entziehen.“ Sogar die Tolerierung einer CDU-Minderheitsregierung stellte er als eine mögliche Option in Aussicht. Die AfD Sachsen-Anhalt wolle „keine Revolution, unterstützt und fördert aber den friedlichen politischen Protest auf der Straße“. Poggenburg: „Sie glaubt unbedingt an den Parlamentarismus.“

Bei einer Kundgebung in Magdeburg präzierte Poggenburg sein Verständnis von der politischen Grundausrichtung seiner Partei und seine Einschätzung ihrer Wahlchancen. Er rief: „Wir haben jetzt die wirklich historische Chance, eine echte deutschnationale Partei felsenfest im Parlament zu verankern. Nicht mit zehn, nicht mit 15, nein, mit 20 Prozent oder mehr.“⁵⁰ Vielleicht werde man sogar zweitstärkste Kraft im Landtag. Poggenburg: „Damit wird in ganz Deutschland das politische Erdbeben deutlich seine Wirkung entfalten.“ An anderer Stelle seiner Rede beschrieb er die AfD als „liberal-nationalkonservative Partei Mitte rechts“ und legte ein Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen

47 AfD Rheinland-Pfalz: Bollinger zu Podiumsdiskussion des DGB ohne AfD: undemokratisch!, vom 3.2.2016, <http://www.alternative-rlp.de/bollinger-zu-dgb-podiumsdiskussionen-ohne-afd-undemokratisch-presse-meldung>, abgerufen 11.2.2016

48 Hagen Eichler: Wahlkampf – Poggenburg: „Ihr werdet uns nicht aufhalten!“, Volksstimme vom 25.1.2016, <http://www.volksstimme.de/sachsen-anhalt/wahlkampf-poggenburg-ihr-werdet-uns-nicht-aufhalten>, abgerufen 26.1.2016

49 Klaus Gröbig: „Wir sind eine bürgerliche Partei“ – Interview mit AfD-Landesvorsitzenden André Poggenburg, in: Compact vom 24.1.2016, <https://www.compact-online.de/wir-sind-eine-buergerliche-partei-interview-mit-afd-landesvorsitzenden-andre-poggenburg/>, abgerufen 15.2.2016

50 AfD-Landtags-TV: André Poggenburg: Die AfD ist einfach nicht mehr aufzuhalten!, vom 27.1.2016, <https://www.youtube.com/watch?v=YYwTWkiZYgs&feature=youtu.be>, abgerufen 28.1.2016

Grundordnung ab. Die AfD wolle „keine zerstörerische Revolution“, sondern „über eine konstruktive, aber deutliche Reform der parlamentarischen Arbeit die Geschicke unseres Landes zum Besseren wenden“. Erneut griff er Formulierungen auf, die er bereits in früheren Reden verwendet hatte: „Wir wollen endlich diese verordnete Selbstgeißelung beenden, die kollektive Psychose des deutschen Volkes überwinden und ein gesundes Nationalbewusstsein leben dürfen, so wie es in nahezu allen anderen Staaten der Welt, auch in Europa, eine Selbstverständlichkeit ist.“

Nationale Töne stimmte wiederholt Hans-Thomas Tillschneider an, Direkt- und Listenkandidat der AfD und Vorsitzender der „Patriotischen Plattform“. Beim bereits erwähnten Landesparteitag Ende Januar äußerte er sich zur Bildungspolitik.⁵¹ Dem Bildungssystem fehle nicht mehr Geld, sagte Tillschneider, „sondern Mut zu sich selbst, zur nationalen Eigenart“. Dem Bericht der Magdeburger Volksstimme zufolge bezeichnete er die Pisa-Tests an Schulen, die Umstellung der Hochschulen auf die Abschlüsse Bachelor und Master und das Vordringen der englischen Sprache in der Wissenschaft als von außen gesteuerte Attacken auf die deutsche Bildung. „Dieses geistige Vernichtungswerk muss mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden. Nur wenn wir erhobenen Hauptes in unserer Sprache lehren und forschen, sind wir auch attraktiv für Studenten aus dem Ausland.“

Als störend erwiesen sich im beginnenden Wahlkampf Berichte über die finanzielle Situation Poggenburgs. Im bereits erwähnten Gespräch mit Compact hatte er auf die Frage, ob er einen Wechsel in die Politik nötig habe, geantwortet: „Ich habe einen kaufmännischen sowie einen handwerklichen Beruf erlernt und mich zum Technischen Betriebswirt weitergebildet. Zur Zeit bin ich freier Unternehmer im Behälterbau. Aus Karrieregründen hätte ich das nicht nötig. Da gibt es in anderen Parteien Leute, die könnten ohne Mandat oder Parteijob zum Sozialfall werden.“⁵²

51 s. FN 48

52 s. FN 49

Wenige Tage später stellte sich die Situation anders dar. Bei einer Pressekonferenz⁵³ räumte Poggenburg ein, dass es wegen nicht geleisteter Offenbarungseide in der Vergangenheit mehrere Haftbefehle gegen ihn gegeben habe. Um wie viele es sich genau handelte, blieb freilich unklar. Poggenburg berichtete zudem, auch beim Finanzamt vor Jahren „in Zahlungsverzug“ geraten zu sein. Ein Strafverfahren wegen des Verdachts der Steuerhinterziehung wurde seinen Angaben zufolge aber gegen Zahlung von 500 Euro eingestellt. „Umsturzansprüche oder Bestrebungen, Herrn Poggenburg abzusetzen“, habe es im Landesvorstand nicht gegeben, sagte Wahlkampfleiter Daniel Roi. „Vollständig“ habe sich die AfD-Spitze in Sachsen-Anhalt hinter ihren Vorsitzenden gestellt. Poggenburg selbst ließ sogar offen, ob ihm die Schlagzeilen zu seiner Person eher schaden oder sogar helfen könnten: „Wenn die Bürger merken, dass ich aus ihrer Mitte bin und die gleichen Probleme habe, die sie auch haben, weiß ich nicht, ob uns das ein paar Punkte bringt oder ein paar Punkte kostet“, zitierte ihn die „Mitteldeutsche Zeitung“.

53 Hendrik Kranert-Rydz: Parteichef André Poggenburg hat noch mehr Finanz-Ärger, in: Mitteldeutsche Zeitung vom 1.2.2016, <http://www.mz-web.de/mitteldeutschland/afd-in-sachsen-anhalt-partiechef-andr-poggenburg-hat-noch-mehr-finanz-aerger,20641266,33692588.html>, abgerufen 4.2.2016
Frankfurter Allgemeine Zeitung: Trotz Haftbefehlen – AfD hält an Poggenburg fest, vom 1.2.2016, <http://www.faz.net/aktuell/politik/trotz-haftbefehlen-afd-haelt-an-poggenburg-fest-14046646.html>, abgerufen 4.2.2016
Mitteldeutscher Rundfunk: Negativ-Schlagzeilen um alte Schulden – Poggenburg bleibt AfD-Spitzenkandidat, vom 1.2.2016, http://www.mdr.de/sachsen-anhalt/poggenburg-bleibt-spitzenkandidat100_zc-a2551f81_zs-ae30b3e4.html, abgerufen 4.2.2016
Stephan Schulz: Wer mit der AfD reden will, muss zum Arzt, in: Veto! – Das Politikblog von MDR SACHSEN-ANHALT, vom 2.2.2016, <http://sachsen-anhalt-live.mdr.de/Event/veto-das-politik-blog-von-mdr-sachsen-anhalt/225490388>, abgerufen 4.2.2016

5. Chronologie rechter Ereignisse

Anfang Juli 2015: Bundesparteitag Essen

Bernd Lucke unterliegt in einer Kampfabstimmung gegen Frauke Petry um das Amt eines der beiden Bundessprecher mit 38 zu 60 Prozent.⁵⁴ Mit ihr wird ein Vorstand gewählt, der deutlich konservativer geprägt ist als die bisherige Führung der Partei. Gekennzeichnet ist der Bundesparteitag, an dem alle Mitglieder teilnehmen können, durch eine hochgradige Emotionalisierung. Der nordrhein-westfälische Landessprecher Marcus Pretzell erklärt in einem Grußwort, die AfD sei auch die Pegida-Partei. In der Folge verlassen zahlreiche Vertreter des wirtschaftsliberalen Flügels die AfD.

Ende Juli 2015: Landesparteitag Baden-Württemberg

Nach den Rück- und Austritten als Konsequenz des Essener Bundesparteitags werden in diversen Landesverbänden die Vorstände komplettiert beziehungsweise in Gänze neu gewählt. Im vormals als besonders Lucke-freundlich geltenden Baden-Württemberg wird eine Dreierspitze installiert, bestehend aus Jörg Meuthen, Lothar Maier sowie Bernd Grimmer als Spitzentrio. Deutlich verstärkt hat sich der Einfluss der Pateirechten. Mindestens einer der drei Sprecher, zwei von drei stellvertretenden Sprechern sowie drei der sechs Beisitzer gehören zu den Unterzeichnern der Erfurter Resolution.⁵⁵ Außerdem gehört ein Ex-Vorstandsmitglied der „Patriotischen Plattform“ dem Vorstand als Schriftführer an. Noch in der Ära Lucke eingeleitete Ordnungsverfahren gegen Vertreter des rechten Parteiflügels werden in der Folge eingestellt.⁵⁶

54 Jens Schneider: Lucke unterliegt Petry – Die AfD rückt nach rechts, in: Süddeutsche Zeitung vom 4.7.2015, <http://www.sueddeutsche.de/politik/lucke-unterliegt-petry-die-afd-rueckt-nach-rechts-1.2551270>, abgerufen 27.2.2016

Severin Weiland: Petry übernimmt AfD: Der Lucke geht von Bord, in: Spiegel Online vom 4.7.2015, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-bernd-luckes-abgang-nach-frauke-petrys-sieg-a-1042123.html>, abgerufen 27.2.2016

Rainer Roeser: Pegida-Partei AfD, in: blick nach rechts vom 6.7.2015, <http://www.bnr.de/artikel/hintergrund/pegida-partei-afd>, abgerufen 26.2.2016

55 Rainer Roeser: Die „neue“ AfD: „Ganz liebe Menschen“ von rechtsaußen, in: blick nach rechts vom 27.7.2015, <http://www.bnr.de/artikel/hintergrund/die-neue-afd-ganz-liebe-menschen-von-rechtsau-en>, abgerufen 26.2.2016

56 Benno Stieber: AfD-Parteitag im Schwabenland – Testament der Angst, in: taz.de vom 25.10.2015, <http://www.taz.de/!5244941/>, abgerufen 27.2.2016

Ende August 2015: Landesparteitag Nordrhein-Westfalen

Auch der größte Landesverband der AfD erlebt einen Rechtsruck. Bisher von nur einem Sprecher geführt, wird in Nordrhein-Westfalen eine Doppelspitze installiert. Neuer Vorsitzender – neben dem wiedergewählten Europaabgeordneten Marcus Pretzell – wird Martin E. Renner.⁵⁷ Er war im Februar 2013 neben Bernd Lucke, Konrad Adam und anderen einer der Mitbegründer der AfD. Nachdem er unter der Führung von Bernd Lucke vor allem wegen seiner Bemühungen, Kontakte zu rechtspopulistischen Parteien in Europa anzubahnen, ins Abseits geraten war, hatte er mit Vortragsveranstaltungen an der Parteibasis weiter für seine Positionen geworben.⁵⁸ Dort kam es an, wenn Renner über „70 Jahre des linksideologischen Grauens“ klagte oder über „70 Jahre Dekonstruktion unserer Gesellschaft“, die seiner Ansicht nach mit der Reeducation nach dem Zweiten Weltkrieg („ein Teil der psychologischen Kriegsführung“) ihren Anfang nahmen, oder wenn er eine multikulturelle Gesellschaft als „Gegenentwurf einer deutschen Staatsgrundeinstellung“ bezeichnete.

Anfang September 2015: Herbstoffensive

In Berlin starten Petry und Meuthen eine „Herbstoffensive“ der Partei unter dem Motto „Es ist Zeit, die Karten auf den Tisch zu legen“.⁵⁹ Ziel sei es, „den Bürgern Klarheit über politische Themen zu verschaffen, die von allen anderen Parteien nach wie vor verharmlost oder verschwiegen werden“. Um den Euro sollte es gehen und um das Thema Asyl. Vom Euro freilich war bei der Pressekonferenz, auf der die beiden die Kampagne vorstellten, kaum die Rede, von Flüchtlingen umso mehr⁶⁰ – ein Leitmotiv, das sich durch die folgenden Wochen mit ihren Kundgebungen, Infoständen, Vortragsveranstaltungen und Plakataktion ziehen sollte.

57 Nina Magoley: AfD Landesparteitag – „Wir wollen nicht nur die ‚netten Nazis‘ sein“, in: Westdeutscher Rundfunk vom 31.8.2015, <http://www1.wdr.de/afd-landesparteitag-104.html>, abgerufen 27.2.2016

Rainer Roeser: AfD-Rechtsaußen fordern Belohnung, in: blick nach rechts vom 26.8.2015, <http://www.bnr.de/artikel/hintergrund/afd-rechtsau-en-fordern-belohnung>, abgerufen 26.2.2016

58 Rainer Roeser: Rechter Klartext in der NRW-AfD, in: blick nach rechts vom 31.8.2015, <http://www.bnr.de/artikel/aktuelle-meldungen/rechter-klartext-in-der-nrw-afd>, abgerufen 26.2.2016

59 Alternative für Deutschland: Herbstoffensive 2015, <https://www.alternativefuer.de/herbstoffensive-2015/>, abgerufen 27.2.2016

60 Rainer Roeser: AfD-„Offensive“ gegen Asylrecht, in: blick nach rechts vom 9.9.2015, <http://www.bnr.de/artikel/hintergrund/afd-offensive-gegen-asylrecht>, abgerufen 26.2.2016

September 2015: Demonstrationen in Thüringen

Thüringens Landes- und Fraktionsvorsitzender Björn Höcke startet in Erfurt eine Serie von größeren Demonstrationen und Kundgebungen. Sie fallen deutlich größer aus als die Veranstaltungen anderer Landesverbände. Höcke gerät wegen seiner radikalen Rhetorik bei den Kundgebungen wiederholt in die Schlagzeilen. Zur strategischen Begründung der Demonstrationsserie sagt er Ende September: „Die Parlamentsarbeit ist natürlich auch wichtig. Aber sie bringt uns im Moment keinen Schritt weiter.“⁶¹ Daher habe er seiner Fraktion „den Auftrag erteilt: Raus auf die Straße, raus auf die Plätze! Die AfD muss jetzt omnipräsent sein, draußen auf den Straßen und auf den Plätzen!“ Das Ziel könne nur lauten: „Ende des Jahres oder spätestens Anfang des Jahres eine Massendemonstration in Berlin vor dem Kanzleramt durchzuführen mit einer klaren Botschaft. Dort dürfen dann nicht nur 10.000, 20.000 oder 30.000 zugegen sein. Dort müssen dann 100.000, 200.000 oder 300.000 oder wie in Frankreich eine Million Menschen zugegen sein. Und die Kernbotschaft kann nur lauten: Wir fordern Neuwahlen!“

Ende September 2015: Sachsen-Anhalt wählt Spitzenkandidaten

Ein Landesparteitag wählt Andre Poggenburg, einen der Initiatoren der Erfurter Resolution, erwartungsgemäß zum Listenersten für die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am 13. März 2016.⁶² Auch auf den folgenden Plätzen der Kandidatenliste wird der Einfluss der Parteirechten deutlich. Auf acht der zehn ersten Plätze finden sich bekannt gewordene Unterstützer der „Erfurter Resolution“.⁶³ Im Landesvorstand ist das Bild recht ähnlich. Neun Mitglieder gehören ihm an. Sieben unterschrieben die Resolution. Das Wahlprogramm des Landesverbandes ist deutlich radikaler angelegt als das in Baden-Württemberg oder Rheinland-Pfalz. In einer ersten Bewertung des Programms kam die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Sachsen-Anhalt zu dem Fazit, dass Landtagswahlprogramm ankere in einem Politikansatz, „der Staat, Gesellschaft und Politik von den Begriffen Volk, Nation und Identität her denke“.⁶⁴

61 Björn Höcke (AfD): Rede in Berlin am 26.09.2015, vom 29.9.2015, <https://www.youtube.com/watch?v=Mgp99wm83c4>, abgerufen 26.2.2016

62 Alternative für Deutschland Sachsen-Anhalt: AfD Sachsen-Anhalt startet erfolgreich in den Wahlkampf – Landeschef Poggenburg einstimmig zum Spitzenkandidaten nominiert, vom 28.9.2015, <http://www.afd-isa.de/start/2015/09/28/afd-sachsen-anhalt-startet-erfolgreich-in-den-wahlkampf-landeschef-poggenburg-einstimmig-zum-spitzenkandidaten-nominiert/>, abgerufen 27.2.2016

63 Rainer Roeser: Sachsen-Anhalt AfD auf klarem Rechtskurs, in: blick nach rechts vom 8.1.2016, <http://www.bnr.de/artikel/hintergrund/sachsen-anhalt-afd-auf-klarem-rechtskurs>, abgerufen 8.1.2016

64 David Begrich und Pascal Begrich mit Unterstützung von Torsten Hahnel und Christoph Beyer: Volk – Nation – Identität – Das Wahlprogramm der AfD Sachsen-Anhalt, vom 25.1.2016, <http://www.miteinander-ev.de/index.php?action=download&id=492>, abgerufen 27.1.2016

Anfang November 2015: AfD-Demonstration in Berlin

Die Bundes-AfD beendet unter dem Motto „Asyl braucht Grenzen. Rote Karte für Merkel“ ihre „Herbstoffensive“ in Berlin.⁶⁵ Rund 5.000 Mitglieder und Anhänger nehmen an der Demonstration teil. Als Redner sprechen unter anderem Frauke Petry und Alexander Gauland. Höcke tritt nicht ans Mikrofon. Besonderen Jubel ruft Petrys Forderung nach einer „gesunden deutschen Identität“ hervor. Seit „70 Jahren“ dürfe man nicht mehr über diese Identität diskutieren. Viele Menschen hätten Angst, die Identität würde durch eine „Masseneinwanderung“ verändert. Gauland verglich Flüchtlinge mit den „Barbaren“, die einst den Untergang des Römischen Reiches herbeigeführt hätten.

Ende November 2015: Höcke in Schnellroda

Björn Höcke spricht bei einer Veranstaltung des neurechten „Instituts für Staatspolitik“ in Schnellroda, Sachsen-Anhalt, zum Thema „Ansturm auf Europa“.⁶⁶ Teile seiner Rede werden weithin als rassistisch aufgefasst und sorgen auch innerhalb der eigenen Partei für Verärgerung. Höcke hatte von „unterschiedlichen Reproduktionsstrategien“ in Afrika einerseits und in Europa andererseits gesprochen.⁶⁷ In Afrika dominiere ein „Ausbreitungstyp“ in Europa ein „Platzhaltertyp“. Höcke: „Im 21. Jahrhundert trifft der lebensbejahende afrikanische Ausbreitungstyp auf den selbstverneinenden europäischen Platzhaltertyp.“ Afrikas „Bevölkerungsüberschuss“ betrage etwa 30 Millionen Menschen im Jahr, hatte Höcke gesagt und gefolgert; „Solange wir bereit sind, diesen Bevölkerungsüberschuss aufzunehmen, wird sich am Reproduktionsverhalten der Afrikaner nichts ändern.“ Erforderlich sei „eine grundsätzliche Neuausrichtung der Asyl- und Einwanderungspolitik Deutschlands und Europas“. Laut Höcke müsse die AfD „in dieser Lage eine fundamental-oppositionelle Bewegungspartei sein“. Sie sei „tatsächlich die letzte friedliche Chance für unser Land“, so Höcke.

65 Marc Brandstetter: AfD-Demo in Berlin: Bundessprecherin Petry beschwört „gesunde deutsche Identität“, in: Endstation Rechts vom 8.11.2015, <http://www.endstation-rechts.de/news/kategorie/afd/artikel/afd-demo-in-berlin-bundessprecherin-petry-beschwoert-gesunde-deutsche-identitaet.html>, abgerufen 27.2.2016

66 Rainer Roeser: Höcke bei neurechtem Kongress „Ansturm auf Europa“, in: blick nach rechts vom 15.9.2015, <http://www.bnr.de/artikel/aktuelle-meldungen/h-cke-bei-neurechtem-kongress-ansturm-auf-europa>, abgerufen 26.2.2016

67 Asyl Eine politische Bestandsaufnahme – Höcke beim IfS, vom 12.12.2015, <https://www.youtube.com/watch?v=Mgp99wm83c4>, abgerufen 27.12.2016

Ende November 2015: Bundesparteitag in Hannover

Beim vierten Bundesparteitag in Hannover ist der Rechtsruck nicht zu übersehen. 2015 sei das Jahr der „zweiten Geburt unserer Partei“, sagte Poggenburg. Er erklärte, mit der „Erfurter Resolution“ sei die Partei in Essen vor Luckes Vereinnahmung bewahrt, die AfD „zurückgeholt“ worden. Statt einer vom Bundesvorstand vorgelegten Resolution zur Asylpolitik beschloss der Parteitag einen Antrag des NRW-Ko-Sprechers Martin E. Renner, der in zentralen Punkten plakativer formuliert war als der Vorstandstext.⁶⁸

Anfang Dezember 2015: FN-Gratulation

Die Landesvorsitzenden aus Thüringen und Sachsen-Anhalt gratulieren dem „Front National“ zu seinem Erfolg bei den französischen Regionalwahlen.⁶⁹ „Frankreich und Europa dürfen noch hoffen!“, folgern sie aus Le Pens Wahlsieg. Und weiter: „Für unsere Vaterländer, für unser gemeinsames europäisches Haus geht es in dieser historischen Wendezeit um Sein oder Nichtsein. Die in- und ausländischen Altparteien stehen auf der Seite des Nichtseins. Unsere Verbündeten stehen auf der Seite des Seins.“ Für die Kritik an der Erklärung hatte Poggenburg wenig Verständnis.⁷⁰ Die Positionen der AfD und der in der Parteispitze nicht sehr gelittenen französischen Rechtsaußen seien sich doch „in wichtigen und momentan zentralen Punkten sehr ähnlich“, betonte er: „Europa der Vaterländer, Beendigung der unkontrollierten Masseneinwanderung, EU-Kritik, Patriotismus usw.“ Jedenfalls, so Poggenburg: „Ein Großteil unserer Mitglieder und Wähler hält nichts von dieser Distanzierung zu FN!“

Mitte Dezember 2015: Petry scheitert im Bundesvorstand

Der Bundesvorstand tadelt Höcke wegen seiner Rede in Schnellroda und wegen seiner FN-Gratulation. Zu dem von Sprecherin Petry offenbar angestrebten Parteiordnungsverfahren gegen den Landeschef in Thüringen kommt es aber nicht.⁷¹ Statt Höcke seiner

68 Alternative für Deutschland: Beschluss des Parteitages vom 28. November 2015 – Resolution „Asyl“ der Alternative für Deutschland, <http://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2015/12/Resolution-Asyl.pdf>, abgerufen 27.2.2016

69 Der Flügel: Gratulation nach Frankreich, vom 9.12.2015, <http://www.derfluegel.de/2015/12/09/gratulation-nach-frankreich/>, abgerufen 10.12.2015

70 Andre Poggenburg: Facebookeintrag ohne Titel, vom 10./11.12.2015, <https://www.facebook.com/photo.php?fbid=1679135195666094&set=a.1385137301732553.1073741826.100007088892315&type=3>, abgerufen 27.2.2016

71 Frankfurter Allgemeine Zeitung: Machtkampf in der AfD – Gauland geht auf Petry los und verteidigt Höcke, vom 20.12.2015, <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/machtkampf-in-der-afd-gauland-geht-auf-petry-los-und-verteidigt-hoecke-13977382.html>, abgerufen 27.2.2016

Parteiämter zu entheben, hielt der Bundesvorstand lediglich fest, seine Äußerungen würden „ausschließlich seine persönliche Meinung darstellen“. Gleiches gelte für seine „Einlassungen“ zur Innenpolitik Frankreichs. Der Bundesvorstand lehne seine „Sichtweisen“ einhellig ab. Statt des Rauswurfs folgte die Aufforderung, „selbst zu prüfen, inwieweit seine Positionen sich noch in Übereinstimmung mit denen der AfD befinden“. Von einem vergleichbaren Tadel für Poggenburg wegen dessen FN-Glückwünschen ist nicht die Rede.

Ende Dezember 2015: Volksgemeinschaft

Poggenburg sorgt einmal mehr für Schlagzeilen, als er in einem Weihnachtsgruß seines Landesverbandes notiert, gerade in dieser Zeit sei es angebracht, über die „Verantwortung für die Volksgemeinschaft“ nachzudenken. Kritisiert wegen der Wortwahl, klagte Poggenburg, es sollten wohl „einige völlig unproblematische und sogar äußerst positive Begriffe nicht benutzt werden“. Poggenburg: „Das lassen wir uns nicht gefallen, denn wirkliche Freiheit fängt bei der Freiheit der Sprache an!“⁷²

Anfang Januar 2016: Frohnmaier

Markus Frohnmaier, einer der Parteirechten in Baden-Württemberg, gerät einmal mehr in die Kritik, als er im Zusammenhang mit den Vorfällen der Silvesternacht in Köln erklärt: „Meiner Meinung nach haben Leute wie Claudia Roth hier mittelbar mitvergewaltigt“, und ergänzt: „Nicht im juristischen Sinne, aber im übertragenen Sinne.“ Bereits im Herbst war er aufgefallen, als er bei einer der Erfurter AfD-Demonstrationen ins Mikrofon rief: „Wenn wir kommen, dann wird aufgeräumt, dann wird ausgemistet, dann wird wieder Politik für das Volk und zwar nur für das Volk gemacht – denn wir sind das Volk!“⁷³

72 Alternative für Deutschland AfD Sachsen-Anhalt: Liebe Bürger und Mitstreiter, vom 24.12.2015, <https://www.facebook.com/SachsenAnhalt.AfD/photos/a.384418898339525.1073741828.363842953730453/898617830252960/?type=3>, abgerufen 27.2.2016

73 Chris Humbs, Markus Pohl und Olaf Sundermayer: Brave Bürger machen mit Rechtsextremen gemeinsam Wahlkampf – Was will die AfD?, in: Kontraste vom 21.1.2016, <https://www.rbb-online.de/kontraste/archiv/kontraste-21-01-2016/was-will-die-afd.html>, abgerufen 6.2.2016

Mitte Januar 2016: Landesparteitag Berlin

Als letzter Landesverband wählt die Berliner AfD ihre Führung neu.⁷⁴ Weichen muss der bisherige Sprecher Günter Brinker. Neu rücken Beatrix von Storch und Georg Pazderski an die Spitze der AfD in der Bundeshauptstadt. Die Europaabgeordnete von Storch erhält rund 71 Prozent der Stimmen. Brinker unterlag gegen Pazderski mit 112 zu 163 Stimmen. Zu blass, zu unscheinbar, zu wenig populistisch-lautsprecherisch hatte die Berliner AfD unter Brinker, der manchen als Relikt der Lucke-Ära galt, agiert.

Ende Januar 2016: Demonstration AfD Magdeburg

Bei einer der Demonstrationen im sachsen-anhaltinischen Wahlkampf definiert Poggenburg seine Partei als „eine echte deutschnationale Partei“.⁷⁵ Erneut greift er Formulierungen auf, die er bereits in früheren Reden verwendet hatte: „Wir wollen endlich diese verordnete Selbstgeißelung beenden, die kollektive Psychose des deutschen Volkes überwinden und ein gesundes Nationalbewusstsein leben dürfen, so wie es in nahezu allen anderen Staaten der Welt, auch in Europa, eine Selbstverständlichkeit ist.“

Ende Januar 2016: Schusswaffengebrauch

AfD-Sprecherin Petry äußert sich in einem Interview zum Schutz der Grenzen gegen Flüchtlinge.⁷⁶ Ihre Gesprächspartner wollen wissen, wie denn genau die von der AfD-Chefin geforderten „umfassenden Kontrollen“ beschaffen sein müssten, „damit nicht weiter so viele unregistrierte Flüchtlinge über Österreich einreisen können“. Nach wiederholten Nachfragen sagt Petry: „Er [der Grenzpolizist, d. Verf.] muss den illegalen Grenzübertritt verhindern, notfalls auch von der Schusswaffe Gebrauch machen. So steht es im Gesetz.“ Später ergänzt sie: „Zur Ultima Ratio gehört der Einsatz von Waffengewalt.“ Ihre Stellvertreterin Beatrix von Storch unterstützt Petry: „Wer das HALT an unserer Grenze nicht akzeptiert, der ist ein Angreifer. Und gegen Angriffe müssen wir uns verteidigen.“⁷⁷

74 Sigrid Kneist: Neue Doppelspitze der AfD in Berlin – „Die AfD muss so sein wie Hertha BSC“, in: Tagesspiegel vom 16.1.2016, <http://www.tagesspiegel.de/berlin/neue-doppelspitze-der-afd-in-berlin-die-afd-muss-so-sein-wie-hertha-bsc/12838234.html>, abgerufen 27.2.2016

75 AfD-Landtags-TV: André Poggenburg: Die AfD ist einfach nicht mehr aufzuhalten!, vom 27.1.2016, <https://www.youtube.com/watch?v=YYwTWkiZYgs&feature=youtu.be>, abgerufen 28.1.2016

76 Steffen Mack und Walter Serif: „Sie können es nicht lassen!“, in: Mannheimer Morgen vom 30.1.2016, <http://www.morgenweb.de/nachrichten/politik/sie-konnen-es-nicht-lassen-1.2620328>, abgerufen 27.2.2016

77 Beatrix von Storch: Es ist so weit, vom 30.1.2016, <https://www.facebook.com/BeatrixVonStorch/posts/1046239668750811>, abgerufen 27.2.2016

Anfang Februar 2016: Festerling bei der Patriotischen Plattform

Pegida-Mitorganisatorin Tatjana Festerling referiert bei einer Veranstaltung der „Patriotischen Plattform“ Sachsen.⁷⁸ Eingeladen sind auch Vertreter der Pegida-Ableger Legida und Thügida sowie die Vereinigungen „Wir lieben Sachsen“, „Offensive für Deutschland“ und „Identitäre Bewegung“. Mit von der Partei sind Landesparlamentarier der AfD: die sächsischen Abgeordneten Jörg Urban und Karin Wilke sowie aus Thüringen Thomas Rudy. Festerling sehe „eine gute Basis in einer weiteren verstärkten Zusammenarbeit mit der AfD“, berichtet der Landesverband der „Patriotischen Plattform“.

Mitte Februar 2016: AfD-FPÖ

In Düsseldorf findet ein vom EU-Abgeordneten Marcus Pretzell organisierter Kongress statt, an dem Frauke Petry, der FPÖ-Obmann Heinz-Christian Strache und der FPÖ-Europaparlamentarier und -Generalsekretär Harald Vilimsky teilnehmen.⁷⁹ Angekündigt zunächst als Veranstaltung der konservativen ECR-Fraktion im EU-Parlament, findet der Kongress schließlich nur noch unter den Labels von AfD und FPÖ statt. Bis in den Sommer 2015 hinein war zumindest parteioffiziell noch eine strikte Abgrenzung der AfD von Parteien wie der FPÖ angesagt. Nun kommt es zum ersten öffentlichen und offiziellen Brückenschlag mit der FPÖ, die in Brüssel nicht der ECR-Fraktion angehört, sondern der deutlich radikaleren Fraktion „Europa der Nationen und Freiheit“ (ENF). Strache nennt die Einladung zum Treffen mit der AfD einen „historischen Akt“. Der bayerische AfD-Landesvorsitzende Petr Bystron verkündet wenige Tage später den Start einer „Blauen Allianz“⁸⁰ – angelehnt an die Parteifarben von AfD und FPÖ. Bystron ergänzte seine Pressemitteilung mit einer Grafik, die zwischen seinem und dem Bild Straches eine Deutschland-Karte mit anhängendem Österreich zeigt; dazu der Text: „Die blaue Allianz überwindet die Grenzen: FPÖ und AfD gemeinsam für die Zukunft Europas!“

(Stand dieses Zwischenberichts ist Februar 2016)

78 Patriotische Plattform Sachsen: Zu dem am letzten Freitag stattgefundenen Treffen konnte die Patriotische Plattform Sachsen eine besonderen Referentin begrüßen, vom 8.2.2016, https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=771682646269913&id=563686607069519, abgerufen 27.2.2016

79 Florian Pfitzner: Schulterschluss der Rechtspopulisten, in: Neue Westfälische vom 14.2.2016, http://www.nw.de/nachrichten/regionale_politik/20709041_Schulterschluss-der-Rechtspopulisten.html, abgerufen 27.2.2016

Julia Rathcke: Treffen unter Freunden, in: Rheinische Post vom 13.2.2016, <http://www.rp-online.de/politik/deutschland/afd-und-fpoe-in-duesseldorf-treffen-unter-freunden-aid-1.5766055>, abgerufen 27.2.2016

Rainer Roeser: Dammbbruch nach rechtsaußen, in: blick nach rechts vom 15.2.2016, <http://www.bnr.de/artikel/hintergrund/dammbbruch-nach-rechtsau-en>, abgerufen 26.2.2016

80 Alternative für Deutschland Bayern: AfD und FPÖ beschließen Zusammenarbeit, vom 18.2.2016, <http://www.afdbayern.de/afd-und-fpoe-beschliessen-zusammenarbeit/>, abgerufen 27.2.2016

Zum Autor:

Alexander Häusler ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Forschungsschwerpunktes Rechtsextremismus/Neonazismus (FORENA) der Hochschule Düsseldorf.

Jüngste Veröffentlichung:

Alexander Häusler (Hrsg.): Die Alternative für Deutschland.

Programmatik, Entwicklung und politische Verortung, Wiesbaden 2016

Beitrittserklärung in eine Gewerkschaft des Deutschen Gewerkschaftsbundes



Der Mitgliedsbeitrag beträgt in der Regel ein Prozent des Bruttoeinkommens.
Stark vergünstigte Beiträge gibt es für Studierende, Arbeitslose und Rentner.

Weitere Infos unter: www.dgb.de/service/mitglied-werden

.....
Name Vorname

.....
Straße Hausnummer

.....
PLZ / Wohnort Geburtsdatum

.....
Nationalität Geschlecht

.....
Telefon E-Mail

.....
Beruf / Studienrichtung Beschäftigung bei / Hochschule

.....
Ort der Beschäftigung / Ausbildung / des Studiums Branche / Wirtschaftszweig

Beruflicher Status
 Arbeiter/in Angestellte/r Beamtin/Beamter Auszubildende/r Student/in Sonstiges

.....
Monatl. Bruttoeinkommen (zur Berechnung des Mitgliedsbeitrages)

.....
Geldinstitut

.....
Konto-Nr. / IBAN (Bankleitzahl)

.....
Datum Unterschrift

Die in obigem Formular gemachten Angaben berechtigen die zuständige Gewerkschaft, diese Daten zur Erledigung der im Zusammenhang mit der Mitgliedschaft stehenden Aufgaben (Mitgliederbestandsverwaltung, Mitgliederinformation sowie Beitragseinzug) im erforderlichen Umfang elektronisch zu verarbeiten. Die Datenweitergabe an die zuständige Gewerkschaft erfolgt ausschließlich im Rahmen dieser Zweckbestimmung und erfolgt in einem verschlüsselten Verfahren.

Ich bevollmächtige die Gewerkschaft
meinen satzungsgemäßen Beitrag bei Fälligkeit von meinem angegebenen Konto per Lastschrift abzubuchen. Sollte mein Konto die erforderliche Deckung nicht aufweisen, besteht seitens des kontoführenden Geldinstituts keine Einlösungsverpflichtung. Die vorstehende Einverständniserklärung sowie die Lastschriftbevollmächtigung kann ich nur gegenüber der oben genannten Gewerkschaft widerrufen.

Bitte ausfüllen, unterschreiben und an den DGB-Bundesvorstand, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin senden oder faxen an 030-24060655.

